

Rede zur Veranstaltung „Afrika in Not“

Die aktuelle Hungersnot am Horn von Afrika

4. Okt. 2011 Ingolstadt

Es gibt ein sehr eindrucksvolles Zitat des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler. Dieser sagt „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wurde ermordet“. Wie kommt er auf diesen durchaus provokanten Satz? Ich denke im Rahmen der heutigen Veranstaltung wird sich zeigen, wieso Jean Ziegler recht hat und wieso Afrika heute in Not ist.

Das Recht auf Nahrung, um dass es heute geht, gehört zu den elementaren Menschenrechten. Und doch wird es so oft und so gewaltsam verletzt wie kein anderes. Das zeigt sich am deutlichsten an der aktuellen Situation am Horn von Afrika: 13 Millionen Menschen in Somalia, Äthiopien, Kenia, Dschibuti und Eritrea sind von der größten Hungersnot seit 20 Jahren betroffen. Trotz der Hilfslieferungen der vergangenen Wochen sind dort noch immer vier Millionen Menschen akut vom Hungertod bedroht. Mehr als zwei Millionen Kinder sind allein in Somalia, Kenia und Äthiopien akut unterernährt. 740.000 Kinder sind inzwischen so ausgezehrt, dass nur eine sofortige Behandlung ihr Leben retten kann. UNICEF warnt in einer Meldung von heute, dass wenn diesen Kindern nicht sofort geholfen wird, sie sterben werden. Viele Kinder sind so schwach, dass sie nicht einmal mehr die Kraft haben, Essen herunterzuschlucken und nur noch intravenös ernährt werden können. Zehntausende Menschen sind bereits tot, man geht davon aus, dass jedes 2. Opfer ein Kind ist. UN-OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs <http://www.unocha.org/>), die humanitäre Abteilung der Vereinten Nationen hat die wohl krasseste Prognose abgegeben: Geht das Sterben am Horn von Afrika weiter wie bisher, werden in 15 Monaten alle Kinder tot sein! Das zeigt: Die Situation ist mehr als nur Ernst. Sie ist dramatisch und hat Ausmaße, die man sich kaum mehr vorstellen kann.

Vermeintliche Ursachen

In den Medien werden folgende beiden Auslöser für die derzeitige Katastrophe genannt: Zum einen die Dürre: Vordergründig hat der Ausfall von zwei Regenzeiten und in Folge die schlimmste Dürre seit 60 Jahren die Katastrophe ausgelöst. Brunnen und Wasserstellen sind versiegt, Hirten verloren mit ihrem verdursteten Vieh die Lebensgrundlage. Die hungernden Bauern haben in ihrer Verzweiflung ihr Saatgut gegessen, so dass den Menschen selbst einsetzender Regen nicht helfen würde. Im Gegenteil: Schlamm würde die unbefestigten Pisten für die Lastwagen mit Lebensmitteln, die über Hunderte von Kilometern herangeschafft werden müssen, unpassierbar machen. Das würde die Katastrophe noch vergrößern. Die Dürre ist sicherlich eine erhebliche Ursache für die Hungersnot, keine Frage.

Zum anderen werden die islamistische Organisation Al-Schabaab Milizen als Grund für die Hungersnot genannt: in den Zeitungen wird kolportiert, dass die radikale Miliz die so dringend benötigten Hilfslieferungen blockiere oder dass islamische Milizen die Verteilung der Nahrungsmittel behindern würden, woraufhin Ex-Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) sofort ein UN-Militäreinsatz forderte. Dabei sind die Behauptungen, dass Al-Schabaab Lebensmittellieferungen verhindere, in dieser Pauschalität nicht haltbar. Zwar durften einige ausländische Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm in einigen der von den Islamisten beherrschten Gebieten nicht arbeiten, andere durften das jedoch sehr wohl wie bspw. UNICEF.

Ein wesentlicher Grund für das Zögern internationaler Hilfsorganisationen, in den von den Islamisten beherrschten Gebieten tätig zu werden, lag zudem in den harten Strafandrohungen der US-Regierung. Seit sie Al-Schabaab 2008 auf die Terrorliste gesetzt haben, mussten auch Ausländer mit Sanktionen rechnen, falls sie in irgendeiner Form mit Al-Schabaab zusammenarbeiten, was bei Hilfsaktionen natürlich unerlässlich ist. Außerdem hat nach einer aktuellen Meldung, die uns auch vom Auswärtigen Amt bestätigt worden ist, die somalische Übergangsregierung Hilfsorganisationen verboten, ohne ihre Genehmigung in Al-Schabaab Gebiet tätig zu sein. Sicherlich hat die somalische Übergangsregierung nicht die Autorität und Möglichkeiten dieses Verbot voll durchzusetzen, gleichwohl zeigt dies, dass nicht eine Seite hier das Problem ist.

Dass die Al-Schabaab Milizen in der derzeitigen Hungersnot ihre ursprünglichen Zusagen, den internationalen Hilfsorganisationen Zutritt zu der notleidenden Bevölkerung im Süden Somalias zu gewähren zum Teil wieder zurückgezogen haben, ist ganz klar zu verurteilen. Die eigentlichen Ursachen für die derzeitige Katastrophe aber liegen sehr viel tiefer.

Tatsächliche Ursachen für die Hungersnot

Nahrungsmittelpreise: Einer der entscheidenden Faktoren für die Not in Ostafrika sind die gestiegenen Nahrungsmittelpreise. Wie zuvor schon 2008 sind die Preise für Nahrungsmittel weltweit Anfang 2011 wieder drastisch gestiegen:

- um 57 Prozent für Getreide,
- um 56 Prozent für pflanzliche Öle und Fette
- und um 77 Prozent für Zucker.

Die Preise für Weizen, Mais und Soja haben mittlerweile ihre Höchststände während der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 übertroffen. Für Ostafrika sind die Zahlen noch dramatischer. Laut Weltbank und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO stiegen die Preise in Somalia für Mais, eines der Grundnahrungsmittel, im Vergleich zum Vorjahr um 154 Prozent, die für Hirse um 240 Prozent.

Fortan mangelte es im Süden Somalias weniger an Nahrung, denn am Geld, um sie zu kaufen. Arme Familien konnten sich jetzt kein Essen mehr leisten, auch dann nicht, wenn sie ihr Vieh verkauften: Hatte man für den Erlös einer Ziege im Herbst 2010 noch knapp 150 Kilogramm Mais bekommen, waren es im Juni 2011 weniger als 30. Enorme Preissteigerungen für Nahrungsmittel und eine hohe Arbeitslosigkeit hatten im Januar zunächst in Nordafrika Proteste ausgelöst. Welche Konsequenzen diese Proteste vor allem in Tunesien und Ägypten hatten, ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass es auch in der Region, die derzeit von der Hungersnot betroffen ist, schon früh zu Protesten kam. Zum Beispiel in Kenias Hauptstadt Nairobi, wo die Menschen monatelang jede Woche auf die Straße gingen, um gegen die hohen Lebensmittelpreise zu demonstrieren und die Regierung aufzufordern, die Preise für Mais zu subventionieren. Oder im Nachbarland Uganda, wo eine landesweite Kampagne gegen die steigenden Sprit- und Lebensmittelpreise ins Leben gerufen wurde. Unter dem Motto „Walk to Work“ rief die Opposition in Uganda die Bevölkerung auf, in Demonstrationszügen zu Fuß zur Arbeit zu gehen, um gegen die drastischen Preiserhöhungen zu protestieren.

Während gestiegene Preise bei Nahrungsmitteln sich bei uns in den seltensten Fällen bemerkbar machen, sind die Auswirkungen im globalen Süden dramatisch. Viele Haushalte dort geben einen Großteil ihres Einkommens – 60 bis 80 Prozent – für Nahrungsmittel aus. Steigende Preise haben deshalb dramatische Konsequenzen. Die betroffenen Familien essen weniger Mahlzeiten, kaufen billigere Nahrungsmittel, die oft weniger nahrhaft sind, und geben weniger Geld für Bildung und Gesundheit aus. Im schlimmsten Fall hungern sie. Preistreiber war dabei nicht nur der Mangel aufgrund ausbleibender Ernten, denn die Nahrungsmittelmärkte waren laut einer Analyse des Hungerfrühwarnnetzwerks FEWS keineswegs zusammengebrochen. Der grenzüberschreitende Handel von Reis zwischen Somalia und Äthiopien floriert bis heute. Reis wird nach wie vor aus dem Norden Somalias nach Äthiopien exportiert. Das Welternährungsprogramm kauft einen Großteil seines Bedarfs an Nahrungsmitteln für die Hungernden in Ostafrika in Uganda. Insgesamt kaufte das Welternährungsprogramm 2010 mehr Nahrung in Afrika ein als in Europa und den USA zusammen. Die wichtigsten Lieferländer waren Äthiopien, Südafrika und Uganda.

Die wahren Gründe für die steigenden Nahrungsmittelpreise waren vielmehr

- die Spekulation mit Nahrungsmitteln
- der Landraub
- die Agrarexportsubventionen
- die Förderung von Agrartreibstoffen

Diese Ursachen werden von den westlichen Staaten bis heute entweder gefördert oder zumindest nicht eingedämmt.

Zu den Nahrungsmittelpreistreibern im Einzelnen:

Nahrungsmittelspekulation: Noch während der Nahrungsmittelkrise 2008, die mehr als 100 Millionen Menschen zusätzlich in den Hunger trieb, warb die Deutsche Bank auf Frankfurter Brötchentüten damit, dass sich Anleger, die auf höhere Nahrungsmittelpreise spekulieren, über dicke Gewinne freuen könnten. Diese makabere Werbung war das i-Tüpfelchen auf einer ganzen Reihe von Nahrungsmittelgeschäften, die seit der Lockerung der Finanzmarktregeln für Spekulationen im Jahr 2000 ihren Lauf genommen hatten. Die von Banken aufgelegten Indexfonds im Agrarbereich entwickelten sich zu einer attraktiven Anlage, Das Anlagevolumen stieg von 13 Mrd. Dollar im Jahr 2003 auf ca. 318 Mrd. Dollar im Jahr 2008. Tendenz weiter steigend. Dies blieb nicht ohne Folgen. Eine übertriebene Spekulation beeinflusst die Preisbildung auf den realen Weltgetreidemärkten. So geschehen im Jahr 2007/2008, also die Preise für Mais, Weizen und Reis explodierten. Viele Menschen konnten sich Lebensmittel nicht mehr leisten, Millionen Menschen mussten hungern, weil Finanzhaie auf steigende Preise und kurzfristige Profite setzten. Denn bereits kleine (normale) Preisausschläge werden zu „Trends“ am Spekulationsmarkt und führen zu massiven Ausschlägen – und das quasi mit Billigung der Regierung. Schließlich hat das Entwicklungsministerium schon 2008 festgestellt, dass die internationalen Kapitalmärkte auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden sind und dass dies für Preisausschläge auf den Agrarmärkten gesorgt hat. Eine Studie der Welthungerhilfe hat ergeben, dass 15 Prozent des Preisanstiegs auf dem Getreidemarkt auf Spekulationen zurückgeht. Experten der Weltbank bezifferten den Einfluss auf ca. 37 Prozent. Der Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen UNCTAD, Heiner Flassbeck, steigert diese Schätzung sogar auf 80 Prozent.

Auch beim **Landraub** schauen internationale Organisationen und Regierungen tatenlos zu. Zum Beispiel in Äthiopien, wo derzeit über vier Millionen Menschen hungern, die Regierung alleine 2010 aber drei Millionen Hektar fruchtbares Land zur Verpachtung angeboten hat – eine Fläche so groß wie das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Auf diesen verpachteten Flächen, die an Investoren aus Indien, Pakistan, Saudi Arabien oder China und an internationale Finanzinstitutionen wie die Deutsche Bank vergeben werden, wird natürlich nicht für den afrikanischen – oder in diesem Fall äthiopischen Markt – produziert. Es geht – ganz im Gegenteil – um Nahrungsmittelproduktion für den Export, vor allem aber um den Anbau von Energiepflanzen, besonders um Jatropha, Zuckerrohr oder Palmölpflanzen, aus deren Samen man „Bio“-Diesel gewinnen kann. Anreiz dafür ist die Energiepolitik, zum Beispiel der Europäischen Union, die bis zum Jahr 2020 eine Beimischungsquote von erneuerbarer Energie von 20 Prozent für alle Treibstoffe vorschreibt. Einen Großteil der dazu nötigen Biomasse muss Europa importieren. Unternehmen aus der Bioenergiebranche und ihre Investoren versprechen sich davon ein gutes Geschäft und suchen weltweit nach Anbauflächen. Ein entwicklungspolitisches Dauerthema sind auch die europäischen Agrarexportsubventionen. Bis heute subventioniert

die EU neben den Direktzahlungen an europäische Landwirte mit Ausfuhrerstattungen den Absatz von Produkten, die hier nicht verkauft werden können, auf dem Weltmarkt, und hier vor allem in Afrika. Dabei wird die Differenz zwischen den europäischen Produktionskosten, die natürlich höher liegen als die in Afrika, und dem Weltmarktpreis ausgeglichen. Folglich können in vielen afrikanischen Ländern die Bauern nicht mehr mit den Produkten aus Europa konkurrieren. Im senegalesischen Dakar etwa können Obst und Gemüse aus Frankreich, Spanien und Italien um ein Drittel günstiger erworben werden als einheimische Produkte. Die Verkaufspreise von Schweinefleischteilen aus Europa liegen mit 0,44 Euro je Kilo weit unterhalb den durchschnittlichen Produktionskosten in Westafrika von 1,72 Euro pro Kilo. Bei solchen Preisgefällen können lokale Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht mehr mithalten, die heimischen Märkte werden zerstört. Dabei sind die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieses europäischen Preisdumpings besonders deshalb gravierend, weil im Durchschnitt 56 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Ländern des Südens ihr Auskommen in der Landwirtschaft verdient. Berücksichtigt werden muss außerdem, dass 80 Prozent der lokalen Produktion in Afrika von Frauen angebaut wird. Sie sind daher von der Zerstörung der lokalen Märkte besonders betroffen. So lässt sich auch das Paradoxon erklären, dass 70 Prozent der Armen in Afrika dort anzutreffen sind, wo die Nahrungsmittel produziert werden: auf dem Land. Dumping ist somit ein Faktor, der zur Verschärfung von Armut und Hunger auf dem Land beiträgt.

Auch die drastisch steigende Produktion von Biokraftstoffen treibt weltweit die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Wollte Deutschland den derzeit vorgeschriebenen Anteil Biosprit in Benzin und Diesel aus eigenen Ressourcen decken, müsste etwa doppelt soviel Ackerfläche mit Energiepflanzen bebaut werden wie in Deutschland überhaupt vorhanden ist. Konkret bedeutet dies, dass auf Flächen, die – gerade im globalen Süden – zum Anbau von Nahrungsmitteln dienen müssten, Biokraftstoffpflanzen angebaut werden. Tank statt Teller, wie eine Kampagne gegen den Anbau von Biokraftstoffpflanzen titelt. Denn die Massenproduktion der Rohstoffe für die Biokraftstoffe benötigt riesige Flächen, wodurch die Nahrungsmittelproduktion immer weiter verdrängt wird. Besonders in den Ländern des Südens, wo die Böden sehr kostengünstig zu haben sind. Neben der Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung kommen noch schlechte Arbeitsbedingungen und der extreme Wasserverbrauch für den Anbau der Pflanzen hinzu.

Marköffnungspolitik: Der Hunger in Ostafrika wurde auch durch eine falsche Liberalisierungspolitik Europas und der USA verursacht. Begonnen hat diese Entwicklung schon im Jahr 1990, also der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank die Länder des globalen Südens zwangen, funktionierende staatliche Subventionssysteme abzubauen. In Ostafrika traf dies vor allem Kenia, dass seine Getreidesubventionen kürzen musste, und dass jetzt eines der am meisten von der Hungersnot betroffenen Länder ist. Die Ideologie der offenen Märkte hat gerade die, denen eine Schlüsselrolle in der Hungerbekämpfung zukommt, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, nachhaltig geschwächt. Die Bedürfnisse – etwa der Bevölkerung in Somalia – wurden und werden von der Politik Europas und der USA schlichtweg nicht berücksichtigt. Das war zum Beispiel nach dem

Zusammenbruch des somalischen Staates 1991 spürbar. Damals hatten Fangflotten aus der EU und Asien die somalischen Küstengewässer leer gefischt.

Folgerungen und Forderungen

Es stimmt natürlich, dass Europa und die USA nicht allein verantwortlich sind für die Not. Schließlich hat bspw. die äthiopische Regierung nicht nur den Markt für ausländische Investoren geöffnet oder Zölle gesenkt, sondern aktiv den Ausverkauf des Landes gefördert. Dass sich einheimische Eliten genauso an den Erlösen bereichern wie Hedgefonds ist Teil des Systems. Aber Europa und die USA bereichern sich, und sie setzen die afrikanischen Regierungen unter Druck. Über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen soll deutschen Unternehmen der Zugang zu Afrikas Rohstoffreichtum gesichert werden. Oftmals werden Entwicklungshilfegelder daran gekoppelt dass afrikanische Länder Freihandelsabkommen unterzeichnen. Unausgesprochen bleibt dabei, dass die internationalen Konzerne bei der Förderung meist rücksichtslos mit der lokalen Umwelt umgehen, damit die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung zerstören, während sie den größten Teil der Gewinne außer Landes schaffen. Mit Hilfe der europäischen Rohstoffinitiative, sollen die afrikanischen Länder gezwungen werden, Schutzzölle für seltene Rohstoffe abzuschaffen. Und dass, obwohl die Zölle für die Regierungen oft die einzige Chance sind, nennenswerte Einnahmen zu erzielen, die sie dringen brauchen, um funktionierende Gesundheits- oder Bildungssysteme aufzubauen und die Armut und den Hunger zu bekämpfen.

DIE LINKE fordert aufgrund dieser Problematik seit langem ein gerechtes Handelssystem, in dem die schwächeren Partner gefördert werden und ihre eigenen Märkte vor Importfluten aus dem Norden schützen können. Und sie fordert auch eine gerechte und entwicklungsförderliche internationale Rohstoffpolitik, die auf eine deutliche Verringerung des Rohstoffumsatzes setzt, und nicht darauf, der deutschen Industrie den Zugriff auf Rohstoffe im Süden mit allen Mitteln zu sichern – zur Not auch unter Einsatz der Bundeswehr. Da auch in puncto Nahrungsmittelspekulation und Landraub auf politischer Ebene nach wie vor viel zu wenig passiert, hat DIE LINKE in Anträgen zur Unterbindung von Landraub und zum Verbot von Nahrungsmittelspekulationen bereits vor Monaten auf die verheerenden Folgen dieser Praktiken für die Menschen in Ländern des globalen Südens hingewiesen. Wir fordern in den Anträgen ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmittel und des Landraubs.

Dass Entwicklungsminister Niebel angesichts seiner wirtschaftsliberalen Politik mit Blick auf Afrika von einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ spricht, ist reine Farce. Entwicklungsgelder werden vom Zugang zu Rohstoffen abhängig gemacht und so zum Instrument wirtschaftsliberaler Interessen. Statt die Wirtschaftspolitik an dem Ziel der Armutsbekämpfung auszurichten, um Katastrophen wie die jetzige in Ostafrika zukünftig zu verhindern, wird es viel eher wieder dazu kommen, dass Frau Merkel im Westen des Kontinents Kriegsschiffe verkauft (wie im Juli 2011 in Angola), während in Afrikas Osten

Hunger herrscht. Dabei ist es der Skandal dieses Jahrhunderts, dass im Jahr 2011 noch Menschen Hunger leiden müssen, dass in den letzten Wochen bereits zehntausenden Menschen den Hungertod gestorben sind, obwohl die Hungersnot mit nur einem Bruchteil der jetzt notwendigen Mittel hätte verhindert werden können, wie Ökonomen bei Oxfam (<http://www.oxfam.de/>) ausgerechnet haben. Die Welternährungsorganisation FAO fordert seit langem, dass die Internationale Gemeinschaft den Landwirtschaftssektor unterstützt und Investitionen in dessen Entwicklung intensiviert. Die EU einschließlich der Bundesregierung haben in das Konzert mit eingestimmt. Allein es hapert bei der Umsetzung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hat ausgerechnet, dass jährlich weniger als ein Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe Projekten für nachhaltige Entwicklung zugute kommt. Von den 2009 beim G8-Gipfel in L'Aquila zugesagten 22 Milliarden Dollar bis 2013 für Landwirtschaft und Ernährungssicherung sind erst 20 Prozent geflossen. Denn die Weltgemeinschaft reagiert lieber mit Spenden auf jede einzelne Dürre. Und auch das nur sehr zögerlich. Viele Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm WFP hatten schon im Herbst 2010 vor der sich anbahnenden Hungerkatastrophe aufgrund der schwindenden Nahrungsmittelreserven gewarnt und die EU und die USA, darum gebeten, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Ohne Erfolg. Maßnahmen, die derzeitige Hungerkatastrophe zu verhindern, konnten aufgrund fehlender finanzieller Mittel zunächst gar nicht und dann nur langsam anlaufen. Gerade das Welternährungsprogramm konnte seine Hilfsleistungen erst nach monatelangem Drängen starten. Denn die Regierungen haben auch dieses Mal wieder gewartet, bis sie Millionen unterernährter Kinder gesehen haben – und erst dann auf die unausweichliche Logik der sich zuspitzenden Krise reagiert.

Das System der humanitären Krise springt auf die falschen Signale an: Wir reagieren auf Unterernährung, die erst dann auftritt, wenn die Leute nichts mehr zu essen haben. Es muss aber schon dann etwas getan werden, wenn sich abzeichnet, dass die Nahrung knapp wird. Bis heute fehlen dem Welternährungsprogramm und anderen Hilfsorganisationen in der Region bis Ende 2011 noch immer mehr als 700 Millionen Euro, um die schlimmsten Folgen der Hungersnot in Ostafrika zu vermeiden. DIE LINKE hat auch diese Situation seit langem angeprangert und eine längst überfällige Erhöhung des seit Jahren stagnierenden deutschen Sockelbetrags für das Welternährungsprogramm sowie einen Sondertitel für den Aufbau nachhaltiger ländlicher Strukturen in Ostafrika gefordert.

Doch unsere Forderungen werden auch zukünftig kein Gehör finden. Denn die westliche Politik wird für die Durchsetzung eigener Finanz- und Wirtschaftsinteressen auch im Angesicht der Bilder aus Ostafrika den Hungertod von Millionen Menschen in den Ländern des globalen Südens weiterhin billigend in Kauf nehmen. Während Millionen Menschen in Afrika hungern, wird Deutschland weiterhin vor allem daran arbeiten, in die deutsche Wirtschaft zu investieren. Dass die Interessen der deutschen Wirtschaft nicht gerade in der Hungerbekämpfung liegen, formulierte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Martin Wansleben angesichts von Angela Merkels Afrika-Reise im Juli 2011: „Die deutsche Wirtschaft erhofft sich von der Kanzlerin Engagement für einen

weiterhin freien Zugang zu Afrikas Rohstoffen“. Dass er in diesem Zusammenhang den Zeitpunkt der Merkel-Reise nach Afrika, mitten in der Hungersnot, auch noch als „denkbar günstig“ bezeichnete, gibt dem ganzen einen noch fahleren Beigeschmack.

Angesichts der Katastrophe, die sich gerade in Ostafrika abspielt, kann und darf es aber nicht mehr um die Wahrung von wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen Deutschlands gehen. Es gilt wie Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, in seiner verbotenen Salzburger Rede sagte: „Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet“ – mehr noch: Jeder einzelne Mensch, der am Hunger stirbt, wird ermordet. Es geht also um entschiedenes Handeln. Dazu gehört, keine Freihandelsverträge mit den Ländern des Südens abzuschließen und deren Recht zu respektieren, die Exporte selbst zu regulieren. Nur so können die Länder die finanzielle Basis aufbauen, ihre Situation zu verbessern und sich aus der Abhängigkeit von den Entwicklungsgeldern zu befreien. Dazu gehört auch, die Agrarexportsubventionen abzuschaffen, die Spekulation mit Nahrungsmitteln und den Landraub zu unterbinden, um den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Ostafrika eine Chance zu geben, künftige Krisen wie diese zu verhindern. Die Hungersnot in Ostafrika wird in den nächsten Monaten noch schlimmer werden. Das lässt sich jetzt nicht mehr ändern, aber das macht sie noch lange nicht zur „Naturkatastrophe“. Der Regenmangel hat Mensch und Tier in der Region den Rest gegeben - aber nur weil beide schon vorher von der Politik und der internationalen Hilfe sträflich vernachlässigt und als Folge unerträglich belastet wurden. Die Hungersnot in Ostafrika sowie ihre Ursachen sind die logischen Folgen einer Ideologie, die Profitmaximierung um jeden Preis zum absoluten Prinzip macht und jede Verantwortung für die langfristigen sozialen und ökologischen Folgen von sich weist. Der Kampf für eine ethisch verantwortliche, solidarische, gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweise muss daher nicht in den Ländern des Südens und in der Entwicklungspolitik geführt werden, sondern vor allem hier bei uns.